Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Teilausgaben abends und morgens zugestellt.
Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Fritz Gilbers, Zigarrenhandlung
39 Königsbrücker Strasse 39
Filiale der „Dresdner Nachrichten"
empfiehlt sich zur
Annahme von Inseraten und Abonnements für obige Zeitung.

H. Grossmann
Nähmaschinen.
Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 26, Waisenhausstrasse 5, Reisigerstrasse 41 (Eing. Striesenerstr.), in Löbtau: Schulstrasse 13 und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

Wurmmittel
für Kinder und Erwachsene.
Bandwurmmittel „Contrataeniam".
Versand nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Fabrik feiner Lederwaren. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Reise-Artikel. **Adolf Näter** Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft 26 Prager Strasse 26.

Nr. 58. Spiegel: Die makedonische Reformnote. Generalleutnant Haberland †. Stadtverordnetensitzung. Fischereiverein. Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband. Alkoholmißbrauch. „Eibier." | Mutmaßliche Witterung: **Warm, veränderlich.** | **Freitag, 27. Februar 1903.**

Für den Monat
März
abonnieren die Leser in **Dresden und dessen einverleibten Vororten** bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38 und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von
90 Pfennigen.
Bei den **Kaiserlichen Postanstalten** im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu **1 Mark,** in Oesterreich-Ungarn zu 1 Krone 48 Hellern angenommen
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Die makedonische Reformnote.

Die von Oesterreich und Rußland der Pforte überreichte Note über die Einführung von Reformen in Makedonien ist innerhalb dreier Tage vom Sultan glatt und ohne Vorbehalte angenommen worden. Das ist vom diplomatischen Standpunkte aus betrachtet ein voller Erfolg, der auf zwei Gründen beruht, einmal auf der Stärke des österreichisch-russischen Einvernehmens, das überdies die nachdrückliche Unterstützung aller übrigen Mächte einschließlich Englands gefunden hat, und zum anderen auf der loyalen Schonung der türkischen Souveränität, deren sich die Note befleißigt. Die Reformen, zu deren unverzüglicher Vornahme sich der Sultan durch seine widerspruchslose Zustimmung zu dem Verlangen der Mächte anheischig gemacht hat, beziehen sich ausschließlich auf die drei makedonischen Provinzen Salonicht, Kossowo und Monastir und in ihrem Mittelpunkte steht die Ernennung eines Generalinspektors mit besonderen Vollmachten. Von der Erfüllung der makedonischen Forderung, dem Lande eine autonome, selbständige Verwaltung aus lauter einheimischen Elementen einzuräumen, ist ebenso abgesehen worden, wie von einer förmlichen europäischen Oberaufsicht. Die Souveränität des Sultans sollte eben nicht beeinträchtigt werden und die Note erklärt sich deshalb mit der freien Auswahl des Generalinspektors aus der türkischen Beamtenschaft durch die Pforte einverstanden. Gleichwohl ist dieser neue Typus keineswegs ein bloßes, von der Laune des Sultans abhängiges Schattenwesen, sondern bildet eine ganz eigenartige völkerrechtliche Figur, die mit sehr wesentlichen selbständigen Befugnissen ausgerüstet ist. Der Generalinspektor, der nicht notwendig ein Christ zu sein braucht, wird auf seinen Posten für eine im voraus zu bestimmende Reihe von Jahren berufen, während welcher er unabsetzbar ist, sofern nicht die Mächte ausnahmsweise zu einer früheren Amtsentsetzung ihre Einwilligung erteilen. Unter seinen Vorrechten ist insbesondere dasjenige von Wichtigkeit, das ihm die alleinige Verfügung über die ottomanischen Truppen seines Bezirks verleiht, ohne daß er sich deswegen in jedem einzelnen Falle an die Zentralregierung zu wenden braucht. Außerdem soll die gesamte türkische Beamtenschaft innerhalb des Bereiches der Zuständigkeit des Generalinspektors streng gehalten sein, sich seinen Anweisungen zu fügen. In solcher Weise hat die russisch-österreichische Diplomatie nicht ohne Geschick das Problem zu lösen gesucht, das in der Vereinigung der Souveränität des Sultans mit der notwendigen Unabhängigkeit des Generalinspektors liegt. Der neugeschaffene oberste Verwaltungsbeamte der makedonischen Provinzen empfängt zwar seine Bestallung vom Sultan und untersteht dessen ausschließlicher Befehlsgewalt, aber er ist trotzdem nicht, wie die sonstigen türkischen Beamten, ein willenloser Sklave des Sultans, sondern wird von dem Vertrauen der Mächte getragen und kann, wenn er dieses rechtfertigt, zeitweilig selbst gegen den Willen der Pforte auf seinem Posten erhalten werden. Vervollständigt wird das österreichisch-russische Reformprogramm durch die gleichzeitige Reorganisation der Polizei und Gendarmerie mit Hülfe auswärtiger Fachmänner und einige sonstige auf die Erzielung einer größeren Sicherheit des Lebens und Eigentums in Makedonien gerichtete Maßnahmen. Durch ihre konsularischen und diplomatischen Vertreter in der Türkei haben die Mächte es in der Hand, sich von dem Stande der Dinge jederzeit zu überzeugen und die praktische Verwirklichung der Reformen, die den springenden Punkt der Angelegenheit bildet, zu überwachen.

Bei der Abmessung des Grades von Wahrscheinlichkeit, den die Hoffnung auf einen möglichst durchgreifenden praktischen Erfolg des jetzigen Vorgehens der Mächte für sich hat, muß man die Hemmungen berücksichtigen, die dem gedeihlichen Fortgange der Aktion sowohl von türkischer wie von bulgarisch-makedonischer Seite entgegenstehen. Bei den Türken liegt der Kern des Uebels in der mit der mohammedanischen Religionsauffassung zusammenhängenden Ueberzeugung, daß unter dem Halbmond nur der „Moslem" Recht hat und jeder „Giaur", d. h. Fremde, ohne Unterschied der Nationalität und des Bekenntnisses, dem Muselmann als rechtloser Sklave unterworfen ist. Gegen diese unhaltbare Weltanschauung machen zwar die Reform- oder Jungtürken energisch Front, im Sultanspalast aber übt sie offenbar noch starke Geltung aus, und je mehr das der Fall ist, desto weniger darf man sich auf den ernstlichen Willen der leitenden türkischen Kreise, dem neuen Generalinspektor sein schwieriges Amt möglichst zu erleichtern und eine mit westeuropäischen Begriffen ausgestattete Persönlichkeit dazu auszuwählen, Rechnung machen. Auf der anderen Seite wäre es freilich ein gröblicher Irrtum, wollte man bei den Bulgaren, die sich jetzt als die „Befreier" Makedoniens aufspielen, wirkliche humanitäre Beweggründe voraussetzen und von ihrer Herrschaft ein tatkräftiges reformatorisches Vorgehen an Stelle der Lässigkeit der türkischen Regierung erwarten. Nach der Ansicht berufener unparteiischer Beobachter hat die augenblickliche Agitation nichts mit der übrigens vielfach geflissentlich übertriebenen türkischen Mißwirtschaft zu tun, sondern ist größtenteils künstliches Machwerk, dessen Ziel die Vergrößerung Bulgariens ist, nicht aber die Herbeiführung von Reformen zur Verbesserung des Loses der unter türkischer Herrschaft befindlichen Völkerschaften. Der von den revolutionären Komitees ausgeübte blutige Terrorismus beweist zur Genüge, daß es den Agitatoren um nichts weiter zu tun ist als darum, an die Stelle des türkischen den bulgarischen Despotismus zu setzen. Dabei haben die Bulgaren noch nicht einmal einen unanfechtbaren nationalen Rechtstitel auf ihre gegenüber Makedonien geltend gemachten Herrschaftsansprüche, wie aus einem Blick auf die makedonischen Bevölkerungsverhältnisse erhellt. Makedonien zählt zur Zeit etwa 1½ Millionen Seelen; davon sind 410 000 christliche und 46 000 mohammedanische Bulgaren, 350 000 Albanesen, 280 000 Türken, 145 000 Griechen, 120 000 Serben, 95 000 Zinzaren (eine Abart der Rumänen) und 40 000 spanische Juden. Die Bulgaren bilden also noch nicht einmal den dritten Teil der Gesamtbevölkerung und würden ihre Herrschaft in Mekadonien, selbst wenn die Mächte ihnen das Land zuzusprechen wollten, kaum dauernd behaupten können.

Auch heute noch ist in Makedonien eine nicht unbeträchtliche Partei vorhanden, die mit der Fortdauer der türkischen Oberhoheit im Falle der Durchführung der notwendigen Reformen wohl zufrieden wäre und der selbst ein schlechtes türkisches Regiment immer noch lieber ist als der bulgarische Terrorismus. Diese Richtung vermag aber gegen die Schreckens- und Gewaltherrschaft der makedonisch-bulgarischen Revolutionäre nicht aufzukommen, und so ist denn zunächst wenig begründete Aussicht vorhanden, daß die aufreizende Agitation in ein ruhigeres Fahrwasser einlenkt. Selbst das anscheinend so energische Vorgehen der bulgarischen Regierung gegen die makedonischen Komitees bietet für die Beseitigung der Lage keine zuverlässige Gewähr, weil es sich nicht übersehen läßt, ob es wirklich ernst gemeint ist oder nur ein Scheinmanöver darstellt. Wie die revolutionären Komitees selbst die Sache auffassen, geht daraus hervor, daß die Führer der Bewegung nach wie vor in ihrer herausfordernden Haltung gegen die Türkei beharren und sich in ihrem Treiben nicht stören lassen. Die makedonischen Unruhestifter lassen sich offenbar von der verhängnisvollen Ueberzeugung leiten, daß sie bloß durch irgend ein gewaltsames Vorgehen eine vollendete Tatsache zu schaffen brauchten, um das österreichisch-russische Einvernehmen zu sprengen und Rußland zu gunsten der Balkanstaaten auf den Plan zu rufen. Hierauf ist es denn auch wohl zurückzuführen, daß die Gerüchte über russisch-österreichische Mobilmachungspläne nicht verstummen wollen, wenngleich es nicht zweifelhaft sein kann, daß diejenigen sich schwer täuschen, die auf einen Konflikt zwischen den beiden führenden Orientmächten spekulieren; es kann sich höchstens um die Vorbereitung einer gemeinsamen militärischen Aktion für unvorhergesehene Fälle handeln, und zwar lediglich zur Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan, auf den sich die österreichisch-russische Politik erst neuerdings wieder in der feierlichsten und bündigsten Form verpflichtet hat. Alle sonstigen Unterstellungen, wie, daß Rußland auf Konstantinopel marschieren und Oesterreich Albanien besetzen wolle, sind in das Reich der Fabel zu verweisen. Die allgemeine Zuversicht, daß sämtliche Mächte, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, fest entschlossen sind, die bulgarischen Ruhestörer ihrem Schicksal zu überlassen, wenn sie ihre Tollköpfigkeit trotz aller Warnungen dennoch so weit treiben sollten, einen bewaffneten Konflikt mit der Türkei vom Zaune zu brechen, hat durch die Bekanntgabe des Inhalts der makedonischen Reformnote mit ihrer weitgehenden Rücksicht auf den Sultan eine neue Bekräftigung erhalten, die mit dafür bürgt, daß der Frieden Europas um der Bulgaren willen nicht gestört werden wird. In demselben durchaus friedlichen Geiste ist auch das soeben veröffentlichte Petersburger Communiqué gehalten, in dem es heißt, daß „Rußland nicht einen Tropfen Blutes seiner Söhne opfern wird, wenn die slawischen Staaten entgegen rechtzeitig erteilten und besonnenen Ratschlägen durch revolutionäre und gewaltsame Mittel eine Aenderung der bestehenden Ordnung auf der Balkanhalbinsel anzustreben sich entschließen sollten".

Soweit insbesondere die deutsche Reichsregierung in Frage kommt, kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß diese ganz entschieden auf dem Standpunkte des Fürsten Bismarck steht, der auf der Balkanhalbinsel keinerlei politische Interessen Deutschlands anerkannte, die irgend eine folgenschwere Initiative des Reiches im europäischen Orient zu rechtfertigen vermöchten. Die ganze Balkanfrage ist nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert; diesem Grundsatze hat das Verhalten unseres Auswärtigen Amtes in allen Entwicklungsstadien der bulgarisch-makedonischen Frage entsprochen.

Neueste Drahtmeldungen vom 26. Februar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4).

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Auf der Tagesordnung des sehr schwach besetzten Hauses stehen zunächst Petitionen. Ueber eine Petition der Handelskammer zu Mülheim a. Rh., betr. das Verlangen nach Erlaß eines Gesetzes über den Verkehr mit Honig, wird zur Tagesordnung übergegangen. Eine Petition, betr. Verhütung von Milzbrand-Vergiftung, wird dem Reichskanzler als Material, und eine solche um Abänderung der Vorschriften über Vorbildung zum Studium der Zahnheilkunde zur Berücksichtigung überwiesen. — Dann wird die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Kapitel Reichsversicherungsamt fortgesetzt. — Abg. Hoch (Soz.) hält bei der Ueberlastung des Reichsversicherungsamts, namentlich auf dem Gebiete der Unfallversicherung, die in dem Etat stattfindende Erweiterung des Personals um einen Senatsvorsitzenden und einen Beisitzer für unzureichend und beschwert sich über zu häufige ungerechtfertigte Unfallrentenherabsetzungen, sowie darüber, daß bei den Verhandlungen vor den Schiedsgerichten den Arbeitern eine Reise-Entschädigung jetzt in der Regel nur noch gezahlt werde, wenn sie nachwiesen, daß ihr persönliches Erscheinen vor dem Schiedsgerichte durchaus nötig sei, obwohl sehr oft gegen die Betreffenden entschieden werde mit der Motivierung, sie hätten es nicht einmal für notwendig gehalten, persönlich zu erscheinen. Endlich beklagt sich Redner darüber, daß das Reichsversicherungsamt bei Unternehmer-Kongressen und Berufsgenossenschaftssachen durch seinen Präsidenten und andere vertreten sei, während zu den Arbeitern niemand komme. — Abg. Gamp (Reichsp.) weist die gestrigen Angriffe Rösickes auf die Rechte, betreffs deren Verhaltens zur sozialen Gesetzgebung zurück. Die Freisinnigen hätten gegen die Versicherungsgesetzgebung gestimmt. Die Landwirtschaft habe genau so viel und vielleicht noch mehr Interesse an der Verringerung der Unfälle, wie die Industrie. Herr Rösicke möge sich gefälligst einmal darüber bei seinem Bruder erkundigen oder zu ihm aufs Land kommen, dann werde er sich überzeugen, wie recht Manteuffel gehabt, als er einmal sagte: „Diese normalen Unfallverhütungsvorschriften für die Landwirtschaft wird niemand für normal halten." — Abg. v. Jadzewsky (Pole) tadelt, daß bei der Diakonissinnenanstalt in Posen die Schwestern meist nicht des Polnischen mächtig seien. — Abg. Crüger (freis. Volksp.): Wenn die Konservativen behauptet hätten, Träger der sozialpolitischen Gesetzgebung gewesen zu sein, so könne man nur sagen, daß sie nur sehr unfreiwillige Träger gewesen sind. (Abg. Gamp: Wer hat denn diese Gesetzgebung gemacht?) Redner wirft dann der schlesischen Versicherungsanstalt vor, daß sie, im Gegensatz zu den anderen Anstalten, der Wohnungsfrage ganz ablehnend gegenüberstehe, und bekämpft den Vorschlag einer sozialen Fachzeitung, die Versicherungsanstalten zu Trägern des Sparwesens zu machen. — Abg. Schrader (freis. Vereinig.) erklärt, seine Freunde hätten seinerzeit die Versicherungsgesetze im Prinzip durchaus gewollt, wenn auch in anderer Form. Die Arbeiterschutzgesetzgebung sei ursprünglich auf den Widerstand nicht nur des Fürsten Bismarck, sondern auch gerade der Freunde Gamps gestoßen. — Abg. Stadthagen (Soz.) beurteilt die Arbeiterversicherungsgesetzgebung abfällig. Soweit sie einen verständigen Gedanken enthalte, seien die Sozialdemokraten die Väter desselben (Lachen rechts); nur die Verschlechterungen der sozialpolitischen Gesetze stammten von den bürgerlichen Parteien. Es habe eine grauenvolle Vermehrung der Unfälle stattgefunden. Die Unfälle müßten zum vollen Betrage des Lohnes entschädigt werden. — Abg. Rösicke-Dessau (freis. Vereinig.) wirft wiederholt den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vor, daß sie die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften nicht genugsam überwachten, und verlangt, daß sie das Reichsversicherungsamt dazu zwinge. Redner tritt schließlich dafür ein, daß die Krankenversicherungsnovelle unter allen Umständen noch in dieser Session durchberaten werde. — Abg. Gamp (Reichsp.) konstatiert Schrader gegenüber, daß die Linke sich seinerzeit zu der ganzen sozialen Gesetzgebung manchesterlich ablehnend verhalten habe, und weist die Angriffe auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zurück. — Staatssekretär Graf Posadowsky hält den Vorschlag einer Verbindung des Sparkassenwesens mit den Invalidenversicherungsanstalten angesichts der schon früher hier im Hause gegen eine Konzentration des Sparkassenwesens in Form von Reichssparkassen erhobenen Bedenken für aussichtslos. Es handle sich dabei auch um nichts weniger als ein offizielles Projekt. Dem Gedanken, auch Unfälle auf dem Wege zur Arbeit versicherungspflichtig resp. entschädigungsberechtigt zu machen, stünden große Bedenken entgegen. — Das Kapitel „Versicherungsamt" wird genehmigt, ebenso die Kapitel „Physikalisch-technische Reichsanstalt" und „Kanalamt". — Beim Kapitel „Aufsichtsamt für private Versicherungen" erwidert auf Anregung des Abg. Müller-Meiningen Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich werde mich mit dem Aufsichtsamt in Verbindung setzen, um zu veranlassen, daß das Amt alljährlich den Tätigkeitsbericht herausgibt. Einstweilen kann ich feststellen, daß von den Beschwerden Versicherter gegen in- und ausländische Versicherungsgesellschaften sich die meisten als nicht begründet herausgestellt haben, ja sogar von den Beschwerden gegen die inländischen Gesellschaften keine einzige. — Das Kapitel wird genehmigt; ebenso der Rest des Etats des Reichsamts des Innern, bis auf die noch in der Kommission befindlichen einmaligen Ausgabetitel. — Schluß der Sitzung 5½ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Petitionen, dann erste Lesung der Krankenversicherungsnovelle, endlich Post-Etat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Beratung des Eisenbahn-Etats fort. Für Besserstellung verschiedener Beamtenkategorien traten Redner aller Parteien ein. — Minister Budde sagte wohlwollende Prüfung aller vorgebrachten Wünsche zu. Er konstatierte unter anderem, daß sich die Frauen durch Pflichttreue und Bescheidenheit überall in der Eisenbahnverwaltung ausgezeichnet und sich gut bewährt hätten. Die Arbeiterlöhne hätten sich in der Eisenbahnverwaltung, im Gegen-

Frische und sterilisirte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung).
Milchkur-Anstalt „Sanitas" Medicinalrat Dr. Klaujsch, Radebeul
Max Winkler, Dresden-A., Kreuzstrasse 7b, an den Kreuzkirchen von Sachsen.